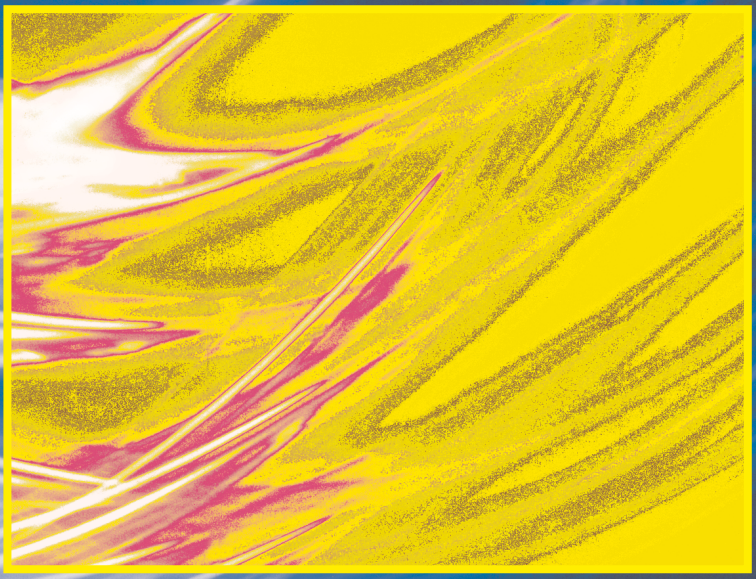
Planung und Förderung

von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS)

und Kompetenzzentren (Komzet)



Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB

- Forschen
- Beraten
- Zukunft gestalten

Planung und Förderung von

- **Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS)**
- **Kompetenzzentren (Komzet)**

Schriftenreihe
des Bundesinstituts
für Berufsbildung
Der Generalsekretär • Bonn

Bundesinstitut
für Berufsbildung
BIBB
Forschen
Beraten
Zukunft gestalten

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Planung und Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und Kompetenzzentren (Komzet) / Hrsg.: Bundesinstitut für Berufsbildung, Der Generalsekretär, Bonn. – Bonn, BIBB 2002
ISBN 3-88555-704-5

Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative-Commons-Lizenz (Lizenztyp: Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung – 3.0 Deutschland).

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf unserer Creative-Commons-Infoseite www.bibb.de/cc-lizenz.

Vertriebsadresse:
Bundesinstitut für Berufsbildung
53043 Bonn
Telefax: (02 28) 107 29 67
E-Mail: versand@bibb.de
Bestell-Nr.: 110.399

© 2002 by Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Herausgeber: Bundesinstitut für Berufsbildung, Der Generalsekretär,
53043 Bonn
Internet: www.bibb.de
E-Mail: zentrale@bibb.de

Gestaltung: Hoch Drei, Berlin
Druck und Weiterverarbeitung: Druckerei Plump, Rheinbreitbach
Verlag: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn

ISBN 3-88555-704-5

Vorwort

Seit Mitte der 90er Jahre hat sich in Deutschland die Diskussion um die bildungspolitischen Konsequenzen aus den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen erheblich verstärkt.

Zu den entscheidenden Faktoren der Veränderung zählen der Wandel in strategisch bedeutsamen Technologien, der Übergang von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, von der Produktions- zur Dienstleistungswirtschaft, die Globalisierung des Wirtschaftens und die damit verbundene Umgestaltung der Arbeitsorganisation sowie die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Flexibilisierung, Modularisierung und Akkreditierung von Teilkompetenzen.

Zwangsläufig sind auch die ÜBS in den Sog der Veränderungsprozesse geraten. Sie müssen zu Bildungsdienstleistern werden und lernen, in bisher nicht vertrauten Marktsegmenten zu agieren.

Die Wandlung von der Angebots- zur Nachfrageorientierung, von der raumgebundenen zur raumungebundenen Bildungsdienstleistung, die zugleich eine stärkere Berücksichtigung individueller betrieblicher Interessen erfordert, wird völlig neue Bedürfnisse nach Kommunikation und Kooperation entstehen lassen und neue Perspektiven eröffnen.

Veränderungen sind aber auch aus einem anderen Grund erforderlich. Auf die bekannte absehbare, dramatische Entwicklung der Schulabgängerzahlen wird hingewiesen.

Diese Entwicklung wird eine zweite wesentliche Herausforderung für die ÜBS darstellen. Der zu erwartende Rückgang an Lehrgängen im Rahmen der überbetrieblichen Berufsausbildung und mit entsprechender zeitlicher Verschiebung der Rückgang an Fort- und Weiterbildungslehrgängen wird zu finanziellen Einbußen bei den ÜBS führen.

Daher sind die Träger von ÜBS gefordert, auf die skizzierten Entwicklungstendenzen zu reagieren. Es erscheint unerlässlich zu sein, dieser Situation durch organisatorische wie auch inhaltliche Veränderungen und Ausweitung des Dienstleistungsangebots zu begegnen.

Wie die Ergebnisse des 1998/1999 vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) bundesweit durchgeführten Ideenwettbewerbs „Entwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und Technologietransferzentren zu Kompetenzzentren“ zeigen, ist den Trägern der ÜBS wie auch den ihnen nahestehenden Fachkreisen die Problematik der künftigen Rolle und Aufgaben durchaus bewusst.

Diese Erkenntnisse zur Neuausrichtung der ÜBS zu Kompetenzzentren waren auch das Ergebnis der Fachtagung „ÜBS – Partner für moderne Berufsbildung“, die das BIBB mit dem Land Nordrhein-Westfalen am 3. und 4. November 1999 in Münster veranstaltete. Einzelheiten dazu können in der Dokumentation der Fachtagung nachgelesen werden, die durch das BIBB und das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht wurde.[1]

Nach der Errichtung eines flächendeckenden Netzes von ÜBS auch in den neuen Bundesländern wird nun der Schwerpunkt der Bundesförderung auf Investitionen zur Modernisierung der bestehenden ÜBS verlegt. Ein neuer Schwerpunkt wird hinzu kommen: die Förderung geeigneter ÜBS bei ihrer Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren.

Unter maßgeblicher Mitwirkung des BIBB hat das BMBF ein neues Konzept für die künftige Förderung von ÜBS erarbeitet.

Das Konzept, das sich insbesondere mit den künftigen Entwicklungsnotwendigkeiten und Aufgaben der ÜBS als Kompetenzzentren befasst, ist – sozusagen – die „Philosophie“ der künftigen Förderung. Es ist die Grundlage für die neuen Fördergrundsätze, die die konkreten, künftigen Fördervoraussetzungen beschreiben.

Sinn und Zweck der Broschüre ist es, Organisationen der Wirtschaft, die Träger von ÜBS und Kompetenzzentren und öffentliche Institutionen über die Planung und Förderungsmöglichkeiten des Bundes zu informieren. Im Einzelnen werden veröffentlicht:

1 Überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS): Partner für moderne Berufsbildung
Hrsg.: Bundesinstitut für Berufsbildung, Der Generalsekretär, Bonn;
Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NW, Düsseldorf, Bielefeld: Bertelsmann, 2000, ISBN 3–7639–0914–1.

- Die Grundsätze des BIBB für die Förderung ÜBS[2]
- Die Grundsätze des BIBB für die Förderung der Weiterentwicklung ÜBS zu Kompetenzzentren[3]
  Zum besseren Verständnis ist eine Kurzbeschreibung der Aufgaben und Anforderungen für ÜBS als Kompetenzzentrum vorangestellt. Das Förderkonzept wurde als Sonderheft vom BMBF herausgegeben. Es ist beim BMBF und beim BIBB erhältlich.
- Orientierungshilfe zur fachlich-inhaltlichen Beurteilung von Projektkonzepten für Kompetenzzentren
- Hinweise zur Gliederung eines Projektantrags auf Förderung eines Kompetenzzentrums.



(K. Kielwein, Arbeitsbereichsleiter 2.5 „Lernorte, Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten" im Bundesinstitut für Berufsbildung)

2/3 Mit Schreiben vom 12. 07. 2001 hat der BMBF den Grundsätzen zugestimmt.

Grundsätze für die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten

Stand: 15. Juni 2001

Vorwort

Kleine und mittlere Betriebe sind das Rückgrat des deutschen dualen Systems der Berufsausbildung. Sie bilden mehr als zwei Drittel aller Jugendlichen aus, die eine betriebliche Ausbildung aufnehmen. Auch ihre Weiterbildungsleistungen sind beachtlich. Sie sind jedoch nicht immer in der Lage, alle geforderten Ausbildungsinhalte am Arbeitsplatz allein zu vermitteln. Um auch diesen Betrieben die Möglichkeit zu einer qualitativ anspruchsvollen Ausbildung zu bieten, wurde seit 1973 mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ein Bestand von über 600 *überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS)* mit knapp 80.000 Werkstattplätzen in den alten Ländern geschaffen, deren Qualifizierungsangebot die betriebliche Aus- und Weiterbildung bedarfsgerecht ergänzt. Inzwischen wurde die erforderliche Grundstruktur an überbetrieblichen Berufsbildungskapazitäten in den neuen Ländern fertiggestellt. 100 nach modernsten Gesichtspunkten errichtete ÜBS mit ca. 10.500 Werkstattplätzen für den langfristigen Bedarf wurden bundesseitig gefördert. Zu dem notwendigen Umstrukturierungsprozess der mittelständischen Wirtschaft haben sie einen erheblichen Beitrag geleistet.

Aus dem Haushalt des BMBF können Errichtung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von ÜBS mit dem Ziel gefördert werden, die Ausbildungsfähigkeit, vor allem kleinerer und mittlerer Betriebe, herzustellen und zu verbessern sowie die erforderliche Qualität einer modernen betrieblichen Aus- und Weiterbildung zu gewährleisten. Hierdurch werden auch Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bisher nicht ausbildende Betriebe dringend benötigte zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen. ÜBS sind damit zu einem unverzichtbaren Bestandteil der betrieblichen beruflichen Bildung geworden.

Schwerpunkt der Bundesförderung wird künftig die Modernisierung bestehender ÜBS sein. Dadurch sollen die ÜBS ihre Funktionstüchtigkeit erhalten und verbessern, um ihren Bildungsauftrag erfüllen zu können.[1]

In begründeten Ausnahmefällen können auch überbetriebliche Berufsbildungskapazitäten, für die ein zusätzlicher Bedarf vorliegt, gefördert werden. Dieser kann sich u. a. ergeben durch

- die Schaffung neuer und die Fortentwicklung bestehender Ausbildungsberufe
- regional und sektoral unterschiedliche Entwicklungen
- die stärkere Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung
- zusätzliche Qualifikationsanforderungen, insbesondere im Bereich der neuen Technologien.

Im Rahmen der Förderkonzeption des BMBF hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gem. § 6 Abs. 2 Nr. 2 Berufsbildungsförderungsgesetz (BerBiFG) die Aufgabe, nach allgemeinen Verwaltungsvorschriften des zuständigen Bundesministers die Planung, Errichtung und Weiterentwicklung von ÜBS zu unterstützen. Das BIBB führt die Förderung durch.

1. Förderungsvoraussetzungen

1.1 Welche ÜBS können gefördert werden?

Gefördert werden können ÜBS, die *ergänzende überbetriebliche Ausbildung* an Personen in betrieblichen Ausbildungsverhältnissen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) vermitteln.

Die ÜBS muss *überbetriebliche Lehrgänge* anbieten. Bundeseinheitliche und, soweit solche nicht bestehen, landeseinheitliche oder vom BIBB genehmigte Lehrgangspläne sind zu beachten. Die Lehrinhalte sind mit den beruflichen Schulen aufgrund der bundeseinheitlichen Rahmenlehrpläne abzustimmen. Für andere Maßnahmen der beruflichen Bildung als ergänzende überbetriebliche Ausbildung müssen vergleichbare sachgerechte Unterweisungsprogramme zu Grunde gelegt werden.

---

[1] Für die Förderung von Kompetenzzentren s. Fördergrundsätze des BIBB vom 15. 06. 2001.

Die Nutzung der ÜBS auch für Maßnahmen der beruflichen Bildung außerhalb der ergänzenden überbetrieblichen Ausbildung ist förderungsunschädlich.

Bildungsmaßnahmen, die nicht der Berufsbildung im o. g. Sinne zuzuordnen sind, (z. B. allgemeinbildende, schulische, Ausbildung für den öffentlichen Dienst) können nicht berücksichtigt werden.

Berufsbildungsstätten, die ausschließlich
- Fort- und Weiterbildung oder außerbetriebliche, also betriebsersetzende Berufsausbildung durchführen oder
- überwiegend dem Zwecke eines Unternehmens dienen,

sind von der Förderung ausgeschlossen.

1.2 Was kann gefördert werden?

1.2.1 Die Förderung von *Modernisierungsvorhaben* kommt insbesondere für ÜBS in Betracht, die überbetriebliche Berufsausbildung in nennenswertem Umfang durchführen. Mit der Modernisierung soll die Funktionstüchtigkeit der ÜBS erhalten und verbessert werden. Modernisierung im Sinne dieser Förderungsmöglichkeiten wird durch die Begriffe der baulichen Erweiterungen, Umbauten, Substanzerhaltung und durch Ausstattung ausgefüllt.

1.2.1.1 Im Rahmen der Modernisierung sind auch bauliche *Erweiterungen* förderbar, die nicht der Schaffung neuer Werkstattplätze dienen (s. Nr. 1.2.2). Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur wie Theorie- und Internatsplätze, Verwaltungsräume und Mensen sind förderfähig.
Als Erweiterungsbauten werden bauliche Ergänzungen eines vorhandenen Objektes angesehen.

1.2.1.2 *Umbauten* sind förderfähig. Sie sind Umgestaltungen eines vorhandenen Objektes mit wesentlichen Eingriffen in Konstruktion oder Bestand.[2]

---

[2] Beispiele für erforderliche Erweiterungsbauten/Umbauten:
Die Größe einer Werkstatt ist nicht mehr ausreichend für die Durchführung neuer Lehrgänge. Daher ist eine Erweiterung im Primärbereich (Werkstätten) erforderlich.
Es fehlt eine Mensa, es fehlen Räume für die ergänzende theoretische Unterweisung, die Internatskapazität ist unzureichend, die Verwaltungsräume für überbetriebliche Berufsbildung sind zu klein u.a.m. (Erweiterung des sekundären Bereiches).
Die Werkstätten liegen ungünstig zueinander. Es müssen Flächen verschiedener Werkstätten neu zugeordnet und Trennwände anders angeordnet werden. Dadurch werden Umbauten erforderlich.

1.2.1.3 Wesentliche Änderungen der baulichen Substanz zur *Substanzerhaltung* sind förderfähig. Substanzerhaltungen sind bauliche Maßnahmen, die einer nachhaltigen Erhöhung des Gebrauchswertes eines Objektes dienen, einschließlich der durch diese Maßnahmen verursachten Instandsetzungen.

Damit sollen gravierende bauliche Mängel behoben und die Funktionstüchtigkeit bestehender ÜBS nachhaltig auf einen modernen Stand gebracht werden. Zu den Investitionen der Substanzerhaltung zählen z. B. Maßnahmen des Wärmeschutzes, der Einbau von Isolierverglasungen, Fassadenverkleidungen, der Einbau moderner Heizungssysteme und Gebäudeinstallationen, der Ersatz von Sanitäranlagen und Schalldämmungsmaßnahmen. Weiterhin gehören hierzu Verbesserungen der Beleuchtung und Belüftung, die Verbesserung der Sicherheit und der Funktionsabläufe sowie bauliche Maßnahmen für Behinderte.

Auch die Behebung umfangreicher Betonschäden, die Neueindeckung nicht mehr reparaturfähiger Dächer oder die Behebung unzureichender Isolierung an Fassaden können bei der Förderung mit berücksichtigt werden, wenn die Gebäude älter sind als 10 Jahre und nur durch diese Maßnahmen die Funktionstüchtigkeit und der Bildungsauftrag der ÜBS erhalten werden können.

Die Behebung von Substanzschäden ist nur dann förderfähig, wenn sie trotz regelmäßiger Bauunterhaltung / Instandhaltung des Gebäudes entstanden sind. Bei nicht wahrgenommener Bauunterhaltung oder Unterlassung von notwendigen Reparaturen können Substanzerhaltungen nicht gefördert werden. Die Nachweispflicht liegt beim Antragsteller.

1.2.1.4 Der *Neuaufbau* einer ÜBS kann in besonders begründeten Fällen gefördert werden, wenn der Neuaufbau wirtschaftlicher ist als eine andere Form der Substanzerhaltung.[3]
Die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit eines Neuaufbaues sind durch Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (Kosten-Nutzen-Analysen) zu belegen.

1.2.1.5 *Ausstattung*, die erforderlich ist, um die Funktionsfähigkeit der ÜBS zu gewährleisten, ist einschließlich flankierender baulicher Maßnahmen förderfähig. Hierzu zählen notwendige Erst-, Ergänzungs- und Ersatzausstattungen. Ausstattungen von ÜBS können auch im Rahmen von Leasingverträgen gefördert werden

[3] Beispiele: Notwendige Erweiterungen sind nicht durchführbar, eine Aufteilung der ÜBS auf verschiedene Standorte beeinträchtigt erheblich die Funktionsfähigkeit, Anpassungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen am bestehenden Standort sind unwirtschaftlich.

(z. B. Technikbereiche mit kurzen Innovationszyklen). Voraussetzung ist, dass durch Vergleichsberechnungen belegbar ist, dass Leasing – statt Neubeschaffung – die wirtschaftlichere und zweckmäßigere Finanzierungsform darstellt. Im Gegensatz zu einem Mietvertrag soll der spätere (Rest-) Kauf der geleasten Gegenstände (auch als Option) vorgesehen sein.

1.2.1.6 Gefördert werden können auch Grundstückskosten, jedoch höchstens bis zum Verkehrswert. Es kann nur der Teil des Grundstücks berücksichtigt werden, der für den Bau der ÜBS tatsächlich benötigt wird. Ein entsprechender Eigentumsnachweis ist zu führen.

1.2.1.7 Bevor ein vorhandenes Gebäude erweitert, umgebaut und/oder modernisiert werden soll, ist zu prüfen, ob eine wirtschaftlichere Lösung gefunden werden kann (Kosten-Nutzen-Analyse).

1.2.1.8 Kosten der Ausstattungsplanung sind nur im Ausnahmefall förderfähig.[4]

Kosten der Bauplanung – und ggf. der Ausstattungsplanung – können nur berücksichtigt werden, wenn die Maßnahme durch Gewährung einer Bundeszuwendung auch tatsächlich realisiert wird. Planungskosten für Maßnahmen, für die keine Bundeszuwendung bewilligt wird, können nicht in die Förderung einbezogen werden.

1.2.2 Die Förderung *neuer überbetrieblicher Berufsbildungskapazitäten* kommt nur noch in begründeten Ausnahmefällen infrage, wenn

- der Bedarf im Einzugsgebiet der geplanten ÜBS nicht anderweitig gedeckt werden kann (z. B. Umplanung/Umnutzung vorhandener überbetrieblicher Berufsbildungskapazitäten unter Berücksichtigung ökonomischer Gesichtspunkte, Kooperation mit anderen ÜBS)
- Kapazitäten im festgelegten Einzugsgebiet für bestimmte Berufe und/oder zusätzliche Qualifikationen nicht bzw. nicht in ausreichendem Umfang vorhanden sind (regionales und/oder sektorales Defizit)
- temporär (provisorisch) nutzbare Kapazitäten in Dauerberufsbildungsplätze umgewidmet werden sollen
- vormals geschaffene überbetriebliche Berufsbildungsplätze in einem nicht mehr nutzungs-/funktionsfähigen Zustand sind und die Aufgabe der Plätze auf Grund bestehender Vorschriften (z. B. Arbeitsstätten-VO) droht

4 Hierüber haben die Zuwendungsgeber Einvernehmen herzustellen.

- diese Kapazitäten überwiegend für überbetriebliche Berufsausbildung genutzt werden sollen.

Gefördert werden Neu- und Erweiterungsbauten (einschl. Grundstückskosten) sowie die notwendigen Ausstattungskosten. Der Erwerb von geeigneten Gebäuden/Gebäudeteilen und die erforderlichen Umbauten können in die Förderung einbezogen werden.

Außer den unter Nr. 1.2.3 genannten Kosten/Ausgaben sind alle Kosten/Ausgaben zuwendungsfähig, die der Schaffung und Ausstattung notwendiger Werkstatträume, Lehr- und Unterrichtsräume, Verwaltungsräume und sonstiger Räumlichkeiten (z. B. Internatsräume) dienen (s. auch DIN 276 zu Kostenermittlung und Kostenberechnung).

1.2.3 Nicht förderungsfähig sind:

a) Maßnahmen der *Bauunterhaltung* und *Instandsetzung*. Instandsetzungen sind Maßnahmen, die den Soll-Zustand eines Objektes wiederherstellen. Diese Maßnahmen erhöhen insofern nicht den Gebrauchswert wie Maßnahmen der Substanzerhaltung und Modernisierung, sondern führen nur den ordnungsgemäßen Zustand herbei. Zur Instandsetzung gehört die Behebung von baulichen Mängeln, die insbesondere durch Abnutzung, Alterungs- oder Witterungseinflüsse entstanden sind.

   Maßnahmen der Bauunterhaltung liegen vor, wenn es noch zu keiner schadensbewirkten Veränderung des Soll-Zustandes gekommen ist (Schadensverhinderung),

b) Kosten der *Verwaltungstätigkeit* des Antragstellers bzw. des Trägers der ÜBS,

c) *Finanzierungskosten,*

d) Kosten, die einer *nicht berücksichtigungsfähigen Nutzung* (z. B. Eigennutzung durch den Träger) unterliegen,

e) *Verbrauchsmittel,*

f) *Umzugskosten* (z. B. bei Verlagerungen).

1.3 Welche Träger von ÜBS kommen in Betracht?

1.3.1 *Als Träger kommen juristische Personen des öffentlichen* Rechts, wie Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft (Kammern, Kreishandwerkerschaften, Innungen) und kommunale Körperschaften (Städte/Gemeinden, Landkreise, Zweckverbände) in Betracht sowie im Grundsatz nachweislich gemeinnützige juristische Personen des *privaten Rechts* im Sinne der Abgabenordnung, etwa aus den Bereichen der Tarifvertragsparteien, der beruflichen Fachverbände sowie der kirchlichen und der „freien" (Jugend-)Sozialarbeit. Abweichungen vom Grundsatz der Gemeinnützigkeit bedürfen im Einzelfall der Zustimmung durch das BMBF. Bei privatrechtlich organisierter Trägerschaft soll die zuständige Stelle nach dem BBiG bzw. HwO durch ihre Beteiligung an der Trägerschaft die Notwendigkeit der öffentlichen Förderung und die Sicherstellung einer langjährigen Nutzung und Auslastung der ÜBS unterstützen. Weitere vertragliche Regelungen oder Satzungsregelungen können gefordert werden.

1.3.2 Der Träger der ÜBS muss nachweisen, in welcher Form er die Finanzierung der *Folgekosten* der getätigten Investitionen (laufende Kosten für Unterhaltung und Lehrgangsdurchführung) sicherstellen will. Bei Neu- und Erweiterungsbauten und größeren Umbauten ist der Nachweis über *Wirtschaftlichkeitsberechnungen* zu führen. Auch bei Ausstattungsvorhaben größeren Umfanges kann der Nachweis der Wirtschaftlichkeit gefordert werden. Ansonsten reicht eine rechtsverbindliche Erklärung des Antragstellers aus, dass er die Folgekosten trägt.

1.3.3 Soweit nicht vorhanden, hat der Träger der ÜBS zur Lernortkooperation zwischen Betrieben, Berufsschulen und der ÜBS einen *Koordinierungsausschuss* zu bilden, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vertreter der Berufsschulen mit gleichen Stimmanteilen vertreten sind. Der Ausschuss dient insbesondere der regionalen Abstimmung der Berufsbildungsmaßnahmen zwischen Betrieb, überbetrieblicher Berufsbildungsstätte und Berufsschule; er beschließt hierzu einrichtungsbezogene Ausbildungspläne, die der Träger seinen Maßnahmen zu Grunde legen soll. Außerdem ist der Ausschuss bei Haushalts- und Personalangelegenheiten der ÜBS anzuhören. Seine Beschlüsse können den Träger weder in finanzieller noch in personeller Hinsicht binden.[5]

[5] ÜBS, die in den alten Ländern nach dem „Schwerpunktprogramm" und in den neuen Ländern auf der Grundlage der „Orientierungen" des BMBF bereits gefördert wurden, haben entsprechend den geltenden Bestimmungen bereits einen Ausschuss gebildet.

Ist der Träger eine öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft, z. B. eine Kammer, so kann der bei ihr bestehende Berufsbildungsausschuss die Funktion des Koordinierungsausschusses mit übernehmen.

Für die Berufung der Mitglieder des Ausschusses sollen die Bestimmungen des § 56 Abs. 2 und 4 Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder, soweit der Träger zum Handwerksbereich gehört, § 43 Abs. 2 der Handwerksordnung (HwO) sinngemäß angewandt werden.

1.3.4 Die Träger von ÜBS sollen sich bereit erklären, Wünschen der Berufsschulen auf Austausch von Lehrkräften und gegenseitige Nutzung von Gebäuden und Einrichtungen nach Möglichkeit zu entsprechen.

Bei Notwendigkeit eines neuen Standortes (s. Nr. 1.2.1.4 und Nr. 1.2.2) soll die ÜBS nach Möglichkeit in räumlicher Nähe zu Berufsschulen errichtet werden, so dass eine gegenseitige Nutzung von Gebäuden und an einem Tag sowohl Unterricht in der Berufsschule als auch Ausbildung in der Berufsbildungsstätte möglich ist. Sie soll eine Größe haben, die eine wirtschaftliche Nutzung ermöglicht.

1.3.5 Die ÜBS soll über eine eigene Finanzplanung und Kostenrechnung verfügen. Der Träger der ÜBS muss eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gewährleisten. Er muss die Verwendung der Finanzierungsmittel bestimmungsgemäß nachweisen.

Unterrichtsmethode, Ausbildung und Berufserfahrung des Leiters und der Lehrkräfte müssen eine erfolgreiche überbetriebliche Berufsbildung erwarten lassen. Der Zugang zu den Lehrgängen darf nicht an eine bestimmte Organisationszugehörigkeit der Betriebe bzw. der Teilnehmer bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gebunden sein (offener Zugang). Zur Sicherstellung der geplanten Nutzung und Auslastung der ÜBS sind bei öffentlich-rechtlichen Trägern entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien herbeizuführen.

Der Träger der Einrichtung und der Träger der Bildungsmaßnahmen müssen nicht identisch sein. Damit eine gesicherte Auslastung und Nutzung der ÜBS gewährleistet wird, ist es erforderlich, einen langfristigen Nutzungsvertrag zwischen beiden Trägern abzuschließen.

1.4 Weitere Voraussetzungen für die Förderung

1.4.1 *Bedarf, Notwendigkeit* und *Zweckmäßigkeit* des zu fördernden Vorhabens sind nachzuweisen. Es können nur Kosten anerkannt werden, die bei rationeller Durchführung des Vorhabens entstehen. Die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit der Kosten sind zu beachten.

1.4.2 Zuwendungen dürfen nur gewährt werden

- für Bauinvestitionen, wenn mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist (Abschluss von Lieferungs- und Leistungsverträgen). Planungen, Bodenuntersuchung und Grunderwerb gelten nicht als Beginn
- für Ausstattungsgegenstände, wenn diese noch nicht bestellt sind.

1.4.3 Die *Leistungsfähigkeit* einer ÜBS bzw. geplanten ÜBS ist u.a. durch

- entsprechende Nutzungskonzepte/Nutzungspläne
- Auslastungsberechnungen der einzelnen Werkstätten (evtl. der Internatskapazitäten)
- funktionsbezogene Werkstätten, ausreichende Größe der ÜBS (auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht, s. Nr. 1.3.2)
- Verbindung und Zuordnung zur Berufsschule

nachzuweisen.

Auch bei der Ausstattung von Werkstätten ist ein Nutzungsplan erforderlich (Berechnung der Nutzungsanteile und der Auslastung).

1.4.4 Bei beabsichtigter *Umnutzung* bereits aus Bundesmitteln geförderter ÜBS sind entsprechende Anträge auf Zustimmung bei den jeweiligen öffentlichen Zuwendungsgebern zu stellen. Vom Träger der geförderten ÜBS ist nachzuweisen, dass die ursprünglich festgelegte Nutzung der ÜBS nicht mehr möglich ist. Ein neuer Nutzungsplan ist vorzulegen.

Bei der Entscheidung über Nutzungsänderungs-/Umwidmungsanträge wird immer auf die Nutzung der gesamten ÜBS, und nicht nur auf die Nutzung des dem Antrag zu Grunde liegenden Vorhabens, abgestellt. Erforderlichenfalls werden Gutachterstellen, Landesbehörden, Bundesanstalt für Arbeit sowie zuständige Stellen nach BBiG/HwO in das Verfahren einbezogen. Die genehmigte Umwidmung/Umnutzung ist die Grundlage der weiteren Förderung.

1.4.5 Bei Neu- und Erweiterungsbauten und bei nennenswerten, wertsteigernden Änderungen an Gebäuden wird seitens des Zuwendungsgebers grundsätzlich die *dingliche Sicherung* des evtl. Rückforderungsanspruches und der Zweckbestimmung gefordert.

1.4.6 Die *Zweckbindungsfristen* betragen bei Neu- und Erweiterungsbauten mindestens 25 Jahre, für die übrigen baulichen Maßnahmen mindestens 10 Jahre, für Ausstattungsgegenstände 5 Jahre. Nutzungsfristen auf Grund früherer Bewilligungsbescheide bleiben unberührt. Vor Ablauf der Zweckbindungsfrist von mindestens 25 bzw. 10 Jahren wird auf Antrag entschieden, ob über das neu errichtete/erweiterte/baulich modernisierte Gebäude frei verfügt werden kann oder wie andernfalls zu verfahren ist.

Für Ausstattungen kann nach Ablauf der Zweckbindungsfrist über die mit der Zuwendung beschafften Gegenstände frei verfügt werden.

Sind Ausstattungsgegenstände vor Ablauf der Zweckbindungsfrist für die durchzuführenden überbetrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen nicht mehr geeignet, können sie mit Einwilligung der Zuwendungsgeber auch für andere Zwecke verwendet werden.

Sind Ausstattungsgegenstände vor Ablauf der Zweckbindungsfrist nicht mehr gebrauchsfähig, so sind sie in Höhe des Restwertes zu veräußern. An dem Erlös sind die öffentlichen Zuwendungsgeber entsprechend dem Verhältnis ihres ursprünglichen Anteils an den Ausgaben zu beteiligen.

1.4.7 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, bis Ende Februar eines jeden Jahres rechtsverbindlich zu erklären, dass diese geförderten Investitionen im abgelaufenen Jahr entsprechend den Bedingungen und Auflagen im Zuwendungsbescheid genutzt wurden. Die Erklärung bedarf der Schriftform. Tätigkeitsberichte sollen beigefügt werden.

1.5 Art und Höhe der Förderung

1.5.1 Auf die Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Sie erfolgt im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel. Die *Zuschüsse* betragen bis zu 45 % der ausgabewirksamen förderfähigen Kosten (Anteilfinanzierung). Die *Eigenbeteiligung* des Trägers muss mindestens 25 % der ausgabewirksamen förderfähigen Kosten betragen. Eigenmittel des Trägers brauchen nicht kapitaldienstfrei aufgebracht zu werden.

1.5.2 Für *strukturschwache Regionen*, die durch die Abgrenzung des jeweils geltenden Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" festgelegt sind , können Zuschüsse bis zu 60 % der ausgabewirksamen förderfähigen Kosten gewährt werden. Die Eigenbeteiligung des Trägers muss mindestens 10 % betragen.

1.5.3 *Eigenbeteiligungen* des Trägers sind

als Eigenmittel:

- Eigenkapital (Bargeld, Bank- und Depotguthaben)
- Zuschüsse, Spenden u. ä. privater Dritter, soweit nicht eine Zweckbindung besteht, die der Förderung widerspricht
- Mittel, die Mitglieder des Trägers im Rahmen des Mitgliedschaftsverhältnisses aufbringen,

als Eigenleistung:

- vom Träger erbrachte Vorleistungen, z. B. Planungskosten, im ursächlichen Zusammenhang mit der Errichtung bzw. Erweiterung der ÜBS erworbene Grundstücke (s. Nr. 1.2.1.6)
- der Zeitwert bereits vorhandener, im Eigentum des Trägers stehender, nicht öffentlich geförderter Bauteile, Baustoffe, Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände, sofern sie im Zusammenhang mit der beantragten Förderung errichtet bzw. beschafft wurden. In den vorgenannten Fällen ist nachzuweisen, dass bisher keine öffentliche Förderung erfolgte
- Wert von Sach- und Arbeitsleistungen.

Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln gelten nicht als Eigenmittel.

1.5.4 Liegt der zu fördernde Zweck auch im *Interesse von Dritten*, sollen diese sich angemessen an den zuwendungsfähigen Ausgaben beteiligen. Dafür kommen insbesondere in Betracht Mittel

- des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)
- der zuständigen obersten Landesbehörde
- der Bundesanstalt für Arbeit (zuständige Landesarbeitsämter).

An den förderfähigen Gesamtkosten darf der Anteil des Bundes (BMWi und BMBF) die festgelegten Förderhöchstsätze von bis zu 45 % bzw. 60 % (s. Nr. 1.5.1 und 1.5.2) nicht überschreiten.

2. Verfahren

2.1 Antragstellung

Anträge auf Förderung von ÜBS aus Mitteln des BMBF sind an das

Bundesinstitut für Berufsbildung
- Abteilung 2 -
53043 Bonn

zu stellen.

2.2 Anzeige/Antragsverfahren

2.2.1 Der Antragsteller hat sein Vorhaben *gleichzeitig* dem BIBB und der zuständigen obersten Landesbehörde anzuzeigen. Das BIBB prüft, ob das Vorhaben die grundsätzlichen Förderungsvoraussetzungen erfüllt.

2.2.2 Das BIBB leitet das Antragsverfahren mit einer Mitteilung an den Antragsteller ein, welche Antragsunterlagen/Nachweise noch vorzulegen sind.

Gleichzeitig wird der Antragsteller über die mögliche Mitfinanzierung durch andere Stellen informiert, damit er auch dort entsprechende Anträge stellen kann.

Das Land nimmt Stellung zur Einordnung des geplanten Projekts in die Regional- und Schulplanung. Die zuständige Stelle nach BBiG/HwO muss ebenfalls zu dem Vorhaben Stellung nehmen.

2.2.3 Zur Prüfung des Bedarfes, der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Vorhabens sowie zur Feststellung der Angemessenheit der Kosten beteiligt das BIBB

- *Beratungs- und Gutachterstellen*, die im Auftrag des BIBB tätig werden
- bezüglich baulicher Maßnahmen zusätzlich die staatliche Bauverwaltung gem. den Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen. Das Verfahren ist in den „Hinweisen ZBau“ festgelegt. Die gutachterlichen und baufachlichen Stellungnahmen sind Entscheidungshilfen für das BIBB.

2.2.4 Bei Neu- und Erweiterungsbauten, bei Maßnahmen mit nennenswerten wertsteigernden Änderungen am Gebäude, bei Umnutzungsanträgen für bestehende ÜBS beteiligt das BIBB die zuständige oberste Landesbehörde. Das Land äußert sich zur Einordnung des Vorhabens in die Schul- und Regionalplanung. Ferner wird die zuständige Stelle nach BBiG/HwO beteiligt, wenn sie nicht selbst Antragsteller ist.

Darüber hinaus hat das BIBB die Möglichkeit, auch andere Stellen z. B.

- oberste Bundesbehörden
- Bundesanstalt für Arbeit
- Spitzenorganisationen der Wirtschaft

um fachliche Stellungnahme zu bitten.

2.2.5 In Abstimmung mit den übrigen Zuwendungsgebern ergeht bei Bauvorhaben im weiteren Antragsverfahren ein Bescheid über die Anerkennung des Raum-/Bauprogrammes. Auf dieser Grundlage können die entsprechenden Bauunterlagen erstellt werden.

2.2.6 Zum vorzeitigen Beginn eines Vorhabens (s. Nr. 1.4.2) kann das BIBB in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Die Entscheidung über die Zulassung zum *vorzeitigen Beginn bzw. zur vorzeitigen Beschaffung* bedarf eines schriftlichen Antrages. Sofern die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, kann eine Ausnahme zugelassen werden, wenn folgende Stellungnahmen vorliegen:

- bei Bauvorhaben ein Gutachten zum Bedarf und zur Zweckmäßigkeit sowie eine Stellungnahme der zuständigen Baudienststelle
- bei Ausstattungsvorhaben ein Gutachten der beauftragten Gutachterstelle.

Die übrigen öffentlichen Zuwendungsgeber müssen ebenfalls zustimmen.

Die Zulassung der Ausnahme zum vorzeitigen Beginn ist *kein Präjudiz* für eine Bewilligung der Bundesmittel. Insofern trägt der Antragsteller hierfür das gesamte Risko.

2.2.7 Wenn alle erforderlichen Antragsunterlagen/Nachweise und Stellungnahmen/Gutachten vorliegen, prüft das BIBB abschließend, ob die Förderungsvoraussetzungen erfüllt werden, um dann die Finanzierung des Vorhabens mit den beteiligten Stellen abzustimmen.

2.3 Beginn

Die Fördergrundsätze gelten ab 01. 07. 2001.[6]

3. Weitere Grundlagen der Förderung und Planung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten

3.1

Neben den vorgenannten Förderungsvoraussetzungen sind bei der Förderung von ÜBS aus dem Haushalt des BMBF weitere rechtliche Bestimmungen zu berücksichtigen:

- das Berufsbildungsgesetz (BBiG, hier insbesondere: §§ 1, 4, 7, 22, 25-27, 46-48), die Handwerksordnung (HwO), das Berufsbildungsförderungsgesetz (BerBiFG), die Ausbildungsordnungen
- die Bundeshaushaltsordnung (BHO, hier insbesondere §§ 23, 44)
- das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes (VwVfG) bezügl. Rücknahme, Widerruf, Erstattung und Verzinsung der gewährten Zuwendung (§§ 48, 49 und 49a VwVfG)
- die Landesgesetze (z. B. Schulgesetze)
- die „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur BHO“ (§ 44 BHO)
- die „Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung“ (ANBest-P) und ANBest-GK für Gebietskörperschaften
- die Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO (ZBau) mit den Baufachlichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau).

3.2

Bei der Planung sind alle einschlägigen planungs- und bautechnischen sowie arbeitsschutzrechtlichen Regelungen und Vorschriften für den Bau und die Ausstattung von Gebäuden zu beachten. Um die Planung von ÜBS zu erleichtern, haben das BMBF und das BIBB eine Reihe von *Planungshilfen* veröffentlicht.

---

6 Für alle vor dem Inkrafttreten der Fördergrundsätze durch das BIBB eingeleiteten Verfahren (Einschaltung von Gutachterstellen, Absprachen über Finanzierung) gilt der bereits festgelegte Fördersatz.

Kurzbeschreibung der Aufgaben und Anforderungen für ÜBS als Kompetenzzentrum

Stand: 15. Juni 2001

1. Allgemein

1.1

Eine als Kompetenzzentrum tätige ÜBS versteht sich als kundenorientierter Bildungsdienstleister, der in der Lage ist, die betrieblichen Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen aufzugreifen und innovationsfördernde und problemlösende Qualifizierungsleistungen zu generieren und praxis-/betriebsnah umzusetzen. Das Kompetenzzentrum verfügt in seinem Schwerpunktbereich über modernste technische Ausstattung und umfassendes Fachwissen. Es wendet die neuesten Verfahrensweisen an. Das Bildungsangebot ist dementsprechend fachtheoretisch wie auch fachpraktisch von hohem Niveau, die Bildungsvermittlung geschieht nach fortschrittlichen didaktischen Methoden.

1.2

Kernbereich der ÜBS als Kompetenzzentrum bleibt weiterhin die Durchführung von überbetrieblicher Berufsausbildung, Fort- und Weiterbildung. Darüber hinaus soll sie Informationen und Beratungen anbieten und diese enger als bisher mit ihrem Bildungsauftrag verbinden. Auch die Vermittlung von Kenntnissen zu neuen Technologien und Verfahren einschließlich deren Anwendung und Vermarktung gehört hierzu. Die Beratungs- und Informationsdienste stärken das Bildungsangebot einerseits; andererseits erhalten sie Impulse von den Erkenntnissen aus der Durchführung von Bildungsmaßnahmen. So können Rationalisierungs- und Synergieeffekte entstehen und genutzt werden. Von den weiteren Dienstleistungen, die auch von Kammern, Fachverbänden und kommerziellen Unternehmen angeboten werden, unterscheidet sich die Dienstleistung der Kompetenzzentren durch ihren unmittelbaren Bezug zur beruflichen Bildung.

1.3

Kompetenzzentren sollen eigenständige fachlich-inhaltliche Schwerpunkte bilden und durch Netzwerkbildung mit Kooperationspartnern Synergien erzeugen und sichern. Die vorhandene Infrastruktur ist zu nutzen und entsprechend den neuen Anforderungen weiter zu entwickeln

2. Im Einzelnen:

2.1 Schwerpunktbildung (fachlich – inhaltlich)

- Aufeinander abgestimmte, aber unterschiedliche Schwerpunkte
- Speziallehrgänge entwickeln und sie für eine Integration in die überbetriebliche Ausbildung sowie für die Fort- und Weiterbildung (z.B. für PC-gestütztes und intra-/internet-basiertes Lernen) aufbereiten und erproben

2.2 Kooperation

- Verstärkte Zusammenarbeit der Lernorte Betrieb, Berufsschule und ÜBS
- Möglichkeiten der Kooperation auf regionaler und überregionaler Ebene ausbauen (z. B. in der Zusammenarbeit mit Hochschulen, Forschungsinstituten, anderen Bildungsträgern)

2.3 Monitoring

- Technologische Entwicklungen früh erfassen, auswerten und auf ihre Notwendigkeit zur Einbeziehung in die Aus- und Weiterbildung hin überprüfen
- Voraussetzungen für die frühzeitige Unternehmensplanung in Klein- und Mittelbetrieben schaffen.

2.4 Technologietransfer

- Im Rahmen des Bildungsauftrages Technologietransfer betreiben und moderne Technologien – einschließlich der Informations- und Kommunikationstechniken – nutzen
- I + K-Technologien als Bestandteil der beruflichen Aus- und Weiterbildung einsetzen.

2.5 Management

- Verstärkt Betriebsmanagement, Produktvielfalt, Marketing, Umweltmanagement, Arbeitssicherheit und Qualitätsmanagement sowie CE-Kennzeichnung in die Aus- und Weiterbildung integrieren
- Zertifizierung, auf der Grundlage moderner Qualitätsmanagementmethoden arbeiten.

2.6 Spezielle Dienstleistungen

- Betriebsberatung und Bereitstellung von Maschinen für Demonstrationszwecke sowie Aus- und Weiterbildung für einzelbetriebliche Aufgaben
- Entwicklungsarbeiten durchführen und durch die Vernetzung mit anderen Zentren und Beratungsstellen speziellen Sachverstand beschaffen.

2.7 Lehr- und Lernmethoden

- Anpassung der Methoden der Aus- und Weiterbildung an die Anforderungen des sich permanent vollziehenden Wandels in den Bereichen des Wirtschaftens, der Technologie und der Berufspädagogik (z. B. neue Möglichkeiten des netzbasierten Lehrens und Lernens und der auftragsorientierten Qualifizierung).

2.8 Vernetzung

- Verbesserung der internen Kommunikation und die Nutzung der Kenntnisse und Erfahrungen von Ausbildungsberatern, Ausbildungsplatzentwicklern und in die Berufsbildung eingebundenen Ehrenamtsträgern
- Verzahnung aller Dienstleistungsbereiche und die Einbindung von Mitarbeitern der Kammern und Fachverbände in das Informations- und Beratungssystem (z. B. virtuelle Netzwerke, Informations- und die Lernplattformen, Datenbanken)
- Personalbereich, die Arbeitsorganisation und die Ausstattung der ÜBS so entwickeln, dass Netzwerkfähigkeit erlangt wird.

2.9 Bildungscontrolling

- Einführung bzw. Anwendung von Bildungscontrolling.

Grundsätze für die Förderung der Weiterentwicklung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten zu Kompetenzzentren

Stand: 15. Juni 2001

I. Vorwort

Nach § 6 Abs. 2 Nr. 2 des Berufsbildungsförderungsgesetzes (BerBiFG) hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Aufgabe, nach allgemeinen Verwaltungsvorschriften des zuständigen Bundesministers die Planung, Errichtung und *Weiterentwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS)* zu unterstützen.

Unabhängig davon, dass für die notwendige Grundversorgung an überbetrieblicher Berufsbildung auch weiterhin ein Bestand an ÜBS existieren muss, haben die Ergebnisse eines vom BIBB im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) durchgeführten bundesweiten Ideenwettbewerbes gezeigt, wie sich eine erhebliche Anzahl geeigneter ÜBS künftig neu positionieren muss.

Das neue Förderkonzept des BMBF beschreibt die Ausgangslage und die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von ÜBS zu Kompetenzzentren. Welche berufsbildungspolitischen Anforderungen an die ÜBS als Kompetenzzentren gestellt werden und welche Aufgaben sie erfüllen sollen, wird in der Neukonzeption detailliert dargestellt.[1]

Auf der Grundlage dieser Konzeption wurden die folgenden Grundsätze für die Förderung der Weiterentwicklung von ÜBS zu Kompetenzzentren erarbeitet. Die Förderung wird durch das BIBB durchgeführt.

1 Siehe Neukonzeption des BMBF vom 07. 05. 2001.

II. Aufgaben von Kompetenzzentren

Originäre Aufgabe der ÜBS als Kompetenzzentren ist weiterhin die Durchführung intensiver Ausbildung, Fort- und Weiterbildung.[2] Darüber hinaus bieten sie Information und Beratung an und verbinden diese enger als bisher mit ihrem Bildungsauftrag. Hierzu gehört auch die Vermittlung von Kenntnissen zu neuen Technologien und Verfahren einschl. deren Anwendung und Vermarktung. Dabei gilt es, die vorhandenen Infrastrukturen zu nutzen und entsprechend den Anforderungen weiterzuentwickeln.

Kompetenzzentren bilden aufeinander abgestimmte, aber unterschiedliche Schwerpunkte und vernetzen sich zu diesem Zweck mit Kooperationspartnern.[3]

III. Förderung

Im Rahmen des Aufbaus von Kompetenzzentren können gefördert werden:

1.1 Investitionskosten

1.1.1 Zuwendungsfähig sind alle Kosten/Ausgaben, die der Schaffung, der Modernisierung oder Ausstattung notwendiger, funktionstüchtiger Werkstatträume, Lehr- und Unterrichtsräume, Verwaltungsräume und sonstiger Räumlichkeiten dienen. Im Einzelnen sind dies Kosten/Ausgaben, die durch

- notwendige Grundstückskosten
- die Erschließung des Grundstückes

2 Durchführung von überbetrieblicher Ausbildung zur Unterstützung der betrieblichen Lehre als wichtiger Faktor zur Sicherung der Ausbildungsqualität und vor allem der Ausbildungsfähigkeit der Betriebe, Durchführung von Lehrgängen zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung und zur Weiterbildung von Unternehmern, Führungskräften, Gesellen und Unternehmerfrauen; neben diesen Schwerpunkten auch bildungs- und sozialpolitisch bedeutsame Maßnahmen wie Umschulungs- und Sonderprogramme des Bundes und der Länder etwa zur Förderung lernbeeinträchtigter Jugendlicher.

3 Detaillierte Aufgabenbeschreibung siehe Förderkonzept des BMBF vom 07. 05. 2001.

- den Bau (nach Rauminhalten, Gebäudeflächen)
- die Beschaffung von Gerät und Mobiliar
- sonstige Modernisierungsmaßnahmen[4]
- die Baunebenkosten (wie z. B. Architektenhonorar)

entstehen (siehe DIN 276 zu Kostenermittlung und Kostenberechnung in der jeweils geltenden Fassung). Baumaßnahmen können nur gefördert werden, wenn die künftigen Aufgaben des Kompetenzzentrums nicht in den vorhandenen Gebäuden/ Räumlichkeiten durchgeführt werden können. Ein entsprechender Nachweis ist zu führen.

1.1.2 Vorrangig gefördert werden Investitionen, die unmittelbar der künftigen Aufgabenerfüllung dienen (nicht der Infrastruktur). Im Rahmen der Förderung werden Schwerpunkte gesetzt, um nach entsprechendem Bedarf gezielt bestimmte Bereiche (z. B. Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken, Multimedia, Schaffung von Kapazitäten für neu geordnete Berufe) abzudecken.

1.1.3 Die Förderung von Grundstückskosten erfolgt höchstens bis zum Verkehrswert.[5] Es kann nur der Teil des Grundstückes berücksichtigt werden, der für das Bauvorhaben tatsächlich benötigt wird. Ein entsprechender Eigentumsnachweis ist zu führen.

Bevor ein vorhandenes Gebäude erweitert, umgebaut und/oder modernisiert werden soll, ist zu prüfen, ob eine wirtschaftlichere Lösung gefunden werden kann (Kosten-Nutzen-Analyse).

Der Erwerb von geeigneten Gebäuden/Gebäudeteilen und die hierzu notwendigen Umbauten können ebenfalls in die Förderung einbezogen werden.

Kosten der Bau- und Ausstattungsplanung können nur berücksichtigt werden, wenn diese durch die Gewährung einer Bundeszuwendung auch tatsächlich realisiert werden. Planungskosten für Maßnahmen, für die keine Bundeszuwendung bewilligt wird, können nicht in die Förderung einbezogen werden.

1.1.4 Zur *Ausstattung* einschließlich flankierender baulicher Maßnahmen zählen notwendige Erst-, Ergänzungs- und Ersatzausstattungen. Im Rahmen der Ausstattung von Kompetenzzentren können auch Leasingverträge gefördert werden (z. B.

4 Bezüglich der Begriffserläuterung siehe Fördergrundsätze zur Förderung ÜBS.

5 S. Wertermittlung nach den Wertermittlungsrichtlinien vom 11. 06. 1991.

Technikbereiche mit kurzen Innovationszyklen). Voraussetzung ist, dass durch Vergleichsberechnungen belegbar ist, dass Leasing – statt Neubeschaffung – die wirtschaftlichere und zweckmäßigere Finanzierungsform darstellt. Im Gegensatz zu einem Mietvertrag soll der spätere (Rest-)Kauf der geleasten Gegenstände (auch als Option) vorgesehen sein.

1.1.5 Nicht förderfähig sind:

a) Maßnahmen der *Bauunterhaltung* und *Instandsetzungen*. Instandsetzungen sind Maßnahmen, die den Soll-Zustand eines Objektes wiederherstellen. Diese Maßnahmen erhöhen insofern nicht den Gebrauchswert wie Maßnahmen der Substanzerhaltung und Modernisierung, sondern führen nur den ordnungsgemäßen Zustand herbei. Zur Instandsetzung gehört die Behebung von baulichen Mängeln, die insbesondere durch Abnutzung, Alterungs- oder Witterungseinflüsse entstanden sind.

   Maßnahmen der Bauunterhaltung liegen vor, wenn es noch zu keiner schadensbewirkten Veränderung des Soll-Zustandes gekommen ist (Schadensverhinderung),

b) Kosten der *Verwaltungstätigkeit* des Antragstellers bzw. des Trägers,

c) *Finanzierungskosten*,

d) Kosten, die einer *nicht berücksichtigungsfähigen Nutzung* (z. B. Nutzung für andere Zwecke durch den Träger) unterliegen,

e) *Verbrauchsmittel,*

f) *Umzugskosten.*

1.2 Personal- und Sachkosten

1.2.1 Die Förderung von Personal- und Sachkosten bezieht sich insbesondere auf die Durchführung von Leitprojekten/Modellvorhaben für branchen- und regionalübergreifende Entwicklungsarbeiten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, z. B.

- Erprobung didaktischer Möglichkeiten durch Nutzung von Multimedia und Telematik
- Entwicklung virtueller Netzwerke

- Gestaltung von Lehr- und Lernarrangements
- Modernisierung und Neuentwicklung von Lehrplänen
- Einführung neuer Möglichkeiten im Bildungsmanagement
- Innovationen in der Weiterbildung des Ausbildungspersonals.

Darüber hinaus werden berufsbildungspolitisch gewünschte Leitaufgaben finanziell unterstützt, z. B.

- Übernahme von Leitaufgaben in der Lernortkooperation und bei der Organisation von Ausbildungsverbünden
- Durchführung von Fachtagungen und Messen.

1.2.2 Als Personalkosten können anerkannt werden:

- Vergütungen für Angestellte
- Löhne für Arbeiter
- Honorare
- Sozialabgaben.

Es gilt das Besserstellungsverbot gem. Nr. 1.3 ANBest-P (s. Abschn. VII, Nr. 2.9). Zur Bemessung der Personalausgaben werden Pauschalsätze im Rahmen der Projektförderung auf Ausgabenbasis nach den jeweils geltenden Richtlinien des BMBF festgelegt. Die Pauschalsätze legen Obergrenzen für die Personalkostenförderung fest.

1.2.3 Sachkosten, die dem allgemeinen Geschäftsbedarf zuzuordnen sind, sind zu einem Pauschalsatz von 10 % der notwendigen Personalkosten zuwendungsfähig.

Besonders ausgabewirksame Kosten, die mit dem Pauschalsatz nicht abgedeckt werden können (z. B. Kauf von Software wie Trainings- und Simulationsprogramme, Ausgaben für Druck- und Buchbindearbeiten, Herstellung von CD-Roms, Betriebskosten im IT-Bereich, Lizenz- und Wartungsgebühren) können bei entsprechendem Nachweis berücksichtigt werden.

Ferner sind Reisekosten nach Maßgabe der für Bundesbedienstete geltenden Vorschriften (Bundesreisekostengesetz), zuwendungsfähig.

1.2.4 Personal- und Sachkosten können nur für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren gefördert werden.

1.2.5 Nicht förderfähig sind:

- Rückstellungen und Zuführungen zu Rücklagen
- Repräsentationskosten
- Zins- und Tilgungsleistungen
- Abschreibungen
- Ausgaben für andere, nicht berücksichtigungsfähige Maßnahmen.

2.

Bildungsmaßnahmen, die nicht der Berufsbildung zuzuordnen sind (z. B. allgemeinbildende, schulische Ausbildung, Ausbildung für den öffentlichen Dienst) können bei der Förderung nicht berücksichtigt werden.

Bildungsstätten, die

- ausschließlich außerbetriebliche, also betriebsersetzende Ausbildung durchführen oder
- überwiegend dem Zweck eines Unternehmens dienen,

sind von der Förderung ausgeschlossen. Dies gilt auch für Einrichtungen, die ausschließlich Technologietransfer betreiben.

3.

Ob und inwieweit sich ÜBS zu Kompetenzzentren entwickeln, hängt vom regionalen und sektoralen Bedarf ab. Die Förderung aus öffentlichen Haushalten setzt daher die Schaffung eines Netzwerkes (Kompetenzbeschreibung der ÜBS-Standorte) der Wirtschaft voraus. Die Planungen der Wirtschaft sind die Ausgangsbasis für die Bund-Länder-Abstimmung über die weitere Förderung.

IV. Trägerschaft

1.

Als Träger kommen juristische Personen des *öffentlichen Rechts*, wie Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft (Kammern, Kreishandwerkerschaften, Innungen) und kommunale Körperschaften (Städte/Gemeinden, Landkreise, Zweckverbände) in Betracht sowie im Grundsatz nachweislich gemeinnützige juristische Personen *des privaten Rechts* im Sinne der Abgabenordnung, etwa aus den Bereichen der Tarifvertragsparteien, der beruflichen Fachverbände sowie der kirchlichen und der „freien" (Jugend-)Sozialarbeit.

Abweichungen vom Grundsatz der Gemeinnützigkeit bedürfen im Einzelfall der Zustimmung durch das BMBF.

Bei privatrechtlich organisierter Trägerschaft soll die zuständige Stelle nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) durch ihre Beteiligung an der Trägerschaft des Kompetenzzentrums die Notwendigkeit der öffentlichen Förderung und die Sicherstellung einer langjährigen Nutzung und Auslastung des Kompetenzzentrums unterstützen. Weitere vertragliche Regelungen oder Satzungsregelungen können gefordert werden.

2.

Der Träger des Kompetenzzentrums muss nachweisen, in welcher Form er die Finanzierung der *Folgekosten* der getätigten Investitionen und die Fortsetzung von Leit- und Entwicklungsprojekten (laufende Kosten für Unterhaltung und Durchführung) sicherstellen will. Bei Neu- und Erweiterungsbauten und größeren Umbauten ist der Nachweis über *Wirtschaftlichkeitsberechnungen* zu führen. Auch bei Ausstattungsvorhaben und Leit- und Entwicklungsprojekten größeren Umfanges kann der Nachweis der Wirtschaftlichkeit gefordert werden. Ansonsten reicht eine rechtsverbindliche Erklärung des Antragstellers aus, dass er die Folgekosten trägt.

3.

Für die Durchführung der überbetrieblichen Berufs*aus*bildung hat der Träger zur Lernortkooperation zwischen Betrieben, Berufsschulen und Kompetenzzentrum

einen *Koordinierungsausschuss* zu bilden, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vertreter der Berufsschulen mit gleichen Stimmanteilen vertreten sind.[6] Der Ausschuss ist auch bei Haushalts- und Personalangelegenheiten des Kompetenzzentrums anzuhören. Seine Beschlüsse können den Träger weder in finanzieller noch in personeller Hinsicht binden.

Ist der Träger eine öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft, z. B. eine Kammer, so kann der bei ihr bestehende Berufsbildungsausschuss die Funktion des Koordinierungsausschusses mit übernehmen.

Für die Berufung der Mitglieder des Ausschusses sollen die Bestimmungen des § 56 Abs. 2 und 4 Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder, soweit der Träger zum Handwerksbereich gehört, § 43 Abs. 2 Handwerksordnung (HwO) sinngemäß angewandt werden.

Die Träger von Kompetenzzentren sollen sich bereit erklären, Wünschen der Berufsschulen oder anderer Berufsbildungseinrichtungen und Kooperationspartner auf Austausch von Lehrkräften und gegenseitige Nutzung von Gebäuden und Einrichtungen nach Möglichkeit zu entsprechen.

4.

Das Kompetenzzentrum soll über eine eigene Finanzplanung und Kostenrechnung verfügen. Der Träger muss eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gewährleisten. Er muss die Verwendung der Finanzierungsmittel bestimmungsgemäß nachweisen. Der Zugang zu den überbetrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen, die Inanspruchnahme von Informations- und Beratungsleistungen dürfen nicht an eine bestimmte Organisationszugehörigkeit der Betriebe, der Teilnehmer und Interessenten gebunden sein.

Der Träger des Kompetenzzentrums und der Durchführungsträger müssen nicht identisch sein. Damit eine gesicherte Auslastung und Nutzung gewährleistet wird, ist es erforderlich, einen langfristigen Nutzungsvertrag zwischen beiden Trägern abzuschließen.

6 ÜBS, die nach dem „Schwerpunktprogramm" und – in den neuen Ländern – nach den „Orientierugen" des BMBF gefördert wurden, haben entsprechend den geltenden Bestimmungen bereits einen Ausschuss gebildet.

V. Weitere Voraussetzungen für die Förderung

1.

Die Leistungsfähigkeit des bestehenden bzw. geplanten Kompetenzzentrums ist u. a. durch

- Beschreibung der Ausgangssituation (z. B. Nutzungs- und Auslastungsverhältnisse bei den überbetrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen, Profil der jeweiligen Einrichtung, Teilnahme an Modellversuchen, Mitwirkung bei Beratungsaufgaben, Technologietransfer)
- Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken
- beteiligte Kooperationspartner
- Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesinstitutionen (gemeinsame Projekte, öffentliche Förderung)
- Wirtschaftlichkeitsberechnungen (in Einzelfällen Vermögensübersichten)

nachzuweisen. Eine Zertifizierung unterstützt als Hilfskriterium die Beurteilung der Leistungsfähigkeit.

2.

Bedarf, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des zu fördernden Projektes bzw. der zu fördernden Maßnahme sind nachzuweisen. Es können nur Kosten anerkannt werden, die bei rationeller Durchführung des Projektes bzw. der Maßnahme entstehen. Die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit der Kosten sind zu beachten.

3.

Zuwendungen dürfen nur gewährt werden, wenn mit dem Projekt bzw. der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist (z.B. Abschluss von Lieferungs- und Leistungsverträgen). Planungen, Bodenuntersuchung und Grunderwerb gelten nicht als Beginn.

4.

Bei notwendiger *Umnutzung* bereits öffentlich geförderter ÜBS sind entsprechende Anträge auf Zustimmung bei den jeweiligen Zuwendungsgebern zu stellen.

5.

Bei Neu- und Erweiterungsbauten und bei nennenswerten, wertsteigernden Änderungen an Gebäuden wird grundsätzlich die *dingliche Sicherung* des evtl. Rückforderungsanspruches und der Zweckbestimmung gefordert.

6.

Die *Zweckbindungsfristen* betragen bei Neu- und Erweiterungsbauten mindestens 25 Jahre, für die übrigen baulichen Maßnahmen mindestens 10 Jahre, für Ausstattungsgegenstände 5 Jahre. Zweckbindungsfristen aufgrund früherer Bewilligungsbescheide bleiben unberührt. Vor Ablauf der Zweckbindungsfrist von mindestens 25 bzw. 10 Jahren wird auf Antrag entschieden, ob über das neu errichtete/erweiterte/baulich modernisierte Gebäude frei verfügt werden kann oder wie anderenfalls zu verfahren ist.

Für Ausstattungen kann nach Ablauf der Zweckbindungsfrist über die mit der Zuwendung beschafften Gegenstände frei verfügt werden.

Sind Ausstattungsgegenstände vor Ablauf der Zweckbindungsfrist für den Zuwendungszweck nicht mehr geeignet, können sie mit Einwilligung der Zuwendungsgeber auch für andere Zwecke verwendet werden.

Sind Ausstattungsgegenstände vor Ablauf der Zweckbindungsfrist nicht mehr gebrauchsfähig, so sind sie in Höhe des Restwertes zu veräußern. An dem Erlös sind die öffentlichen Zuwendungsgeber entsprechend dem Verhältnis ihres ursprünglichen Anteils an den Ausgaben zu beteiligen.

7.

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, bis Ende Februar eines jeden Jahres rechtsverbindlich zu erklären, dass die geförderten Investitionen im abgelaufenen Jahr entsprechend den Bedingungen und Auflagen im Zuwendungsbescheid genutzt wurden. Die Erklärung bedarf der Schriftform. Tätigkeitsberichte sollen beigefügt werden.

8.

Über bestehende Urheber- und Nutzungsrechte bei durchgeführten Leitprojekten/Modellvorhaben und Entwicklungs- und Erprobungsprojekten (s. Abschn. III, Nr. 3.2) wird je nach Einzelfall entschieden.

VI. Art und Höhe der Förderung

1.

Auf die Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Sie erfolgt im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel. Die *Zuschüsse* betragen bis zu 50% der ausgabewirksamen förderfähigen Kosten (Anteilfinanzierung). Die *Eigenbeteiligung* des Trägers muss mindestens 25% der ausgabewirksamen förderfähigen Kosten betragen. Eigenmittel des Trägers brauchen nicht kapitaldienstfrei aufgebracht zu werden.

2.

Für *strukturschwache Regionen*, die durch den jeweils geltenden Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" festgelegt sind, können Zuschüsse bis zu 65% der ausgabewirksamen förderfähigen Kosten gewährt werden. Die Eigenbeteiligung muss mindestens 10% betragen.

3.

Eigenbeteiligungen des Antragstellers bzw. des Trägers sind

als Eigenmittel:
- Eigenkapital (Bargeld, Bank- und Depotguthaben)
- Zuschüsse, Spenden u. ä. privater Dritter, soweit nicht eine Zweckbindung besteht, die der Förderung widerspricht
- Mittel, die Mitglieder des Trägers im Rahmen des Mitgliedschaftsverhältnisses aufbringen,

als Eigenleistung:
- vom Träger erbrachte Vorleistungen (z. B. Planungskosten im ursächlichen Zusammenhang mit der Errichtung bzw. Erweiterung der ÜBS als Kompetenzzentrum erworbene Grundstücke)
- der Zeitwert bereits vorhandener, im Eigentum des Trägers stehender, nicht öffentlich geförderter Bauteile, Baustoffe, Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände, sofern sie im Zusammenhang mit der beantragten Förderung errichtet bzw. beschafft wurden. In den vorgenannten Fällen ist nachzuweisen, dass bisher keine öffentliche Förderung erfolgte
- Wert von Sach- und Arbeitsleistungen, Personalkosten.

Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln gelten nicht als Eigenmittel.

4.

Liegt der zu fördernde Zweck auch im *Interesse von Dritten*, sollen diese sich angemessen an den zuwendungsfähigen Ausgaben beteiligen. Dafür kommen insbesondere in Betracht Mittel

- des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)
- der zuständigen obersten Landesbehörde
- der Bundesanstalt für Arbeit (zuständige Landesarbeitsämter).

An den förderfähigen Gesamtkosten darf der Anteil des Bundes (BMWi und BMBF) die festgelegten Fördersätze von bis zu 50% bzw. 65% (s. Abschn. VI, Nr. 1 und 2) nicht überschreiten. Für die Förderung von Personal- und Sachkosten können auch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) eingesetzt werden.

VII. VERFAHREN

1. Antragstellung

Anträge auf Förderung von Kompetenzzentren aus Mitteln des BMBF sind an das

Bundesinstitut für Berufsbildung
- Abteilung 2 -
53043 Bonn

zu stellen.

2. Anzeige/Antragsverfahren

2.1 Der Antragsteller hat sein Vorhaben *gleichzeitig* dem BIBB und der obersten zuständigen Landesbehörde anzuzeigen. Neben den unter Abschn. V, Nr. 3 aufgeführten Nachweisen sind weitere Unterlagen (Kurzdarstellungen, Skizzen) der Anzeige beizufügen:

- Darstellung eines Konzeptes zur Weiterentwicklung zu einem Kompetenzzentrum (fachliche Schwerpunkte, regionale bzw. überregionale Bedeutung), aus dem die vorgesehenen fachlichen, organisatorischen und pädagogischen Wege zum Erreichen dieses Zieles hervorgehen
- Vernetzungsstrategie
- Beschreibung des Modellcharakters (u. a. Begründung der Innovation, der bundesweiten Übertragbarkeit)
- weitere zu beteiligende Kooperationspartner
- Konzeption zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit Betrieben und Berufsschulen i.S. einer Optimierung der Lernortkooperation
- Ressourcen für die Umsetzung des Projektes und Kostenaufwand (Personaleinsatz, Mittel, Infrastruktur), Zeitdauer zur Verwirklichung des Projektes/der Maßnahme, Projektmanagement, Ablaufplanung
- Darstellung der nachhaltigen Wirkung (z. B. Beitrag zur verstärkten Dienstleistung, Synergie- bzw. Rationalisierungseffekte).

Das BIBB prüft, ob das Vorhaben die grundsätzlichen Förderungsvoraussetzungen erfüllt.

2.2 Danach leitet das BIBB das Antragsverfahren mit einer Mitteilung an den Antragsteller ein, welche Antragsunterlagen/Nachweise noch vorzulegen sind. Gleichzeitig wird der Antragsteller über die mögliche Mitfinanzierung durch andere Stellen informiert, damit er auch dort entsprechende Anträge stellen kann.

2.3 Zur Prüfung des Bedarfes, der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Vorhabens sowie zur Feststellung der Angemessenheit der Kosten kann das BIBB folgende Stellen beteiligen:

- Beratungs- und Gutachterstellen
- bezüglich baulicher Maßnahmen zusätzlich die staatliche Bauverwaltung gem. den Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen. Das Verfahren ist in den „Hinweisen ZBau“ festgelegt.

Die gutachterlichen und baufachlichen Stellungnahmen sind Entscheidungshilfen für das BIBB.

2.4 Das BIBB beteiligt die zuständige oberste Landesbehörde. Das Land äußert sich zur Einordnung des Vorhabens in die Schul- und Regionalplanung. Ferner wird die zuständige Stelle nach BBiG/HwO beteiligt, wenn sie nicht selbst der Antragsteller ist.

Darüber hinaus hat das BIBB die Möglichkeit, auch andere Stellen, z. B.

- oberste Bundesbehörden
- Bundesanstalt für Arbeit
- Spitzenorganisationen der Wirtschaft

um fachliche Stellungnahme zu bitten.

2.5 In Abstimmung mit den übrigen Zuwendungsgebern ergeht bei Bauvorhaben im weiteren Antragsverfahren ein Bescheid über die Anerkennung des Raum-/Bauprogramms. Auf dieser Grundlage können die entsprechenden Bauunterlagen erstellt werden.

2.6 Zum vorzeitigen Beginn eines Vorhabens/der Maßnahme (s. Abschn. V, Nr. 2) kann das BIBB in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Die Entscheidung über die Zulassung zum vorzeitigen Beginn bedarf eines schriftlichen Antrages. Sofern die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, kann eine Ausnahme zugelassen werden, wenn folgende Stellungnahmen vorliegen:

- bei Bauvorhaben ein Gutachten zum Bedarf und zur Zweckmäßigkeit sowie eine Stellungnahme der zuständigen Baudienststelle
- bei Ausstattungsvorhaben ein Gutachten der beauftragten Gutachterstelle
- bei Leitprojekten/Modellvorhaben die fachliche Stellungnahme zur berufsbildungspolitischen Notwendigkeit.

Die übrigen öffentlichen Zuwendungsgeber müssen ebenfalls zustimmen.

Die Zulassung der Ausnahme zum vorzeitigen Beginn ist *kein Präjudiz* für eine Bewilligung der Bundesmittel. Insofern trägt der Antragsteller hierfür das gesamte Risiko.

2.7 Wenn alle erforderlichen Antragsunterlagen/Nachweise und Stellungnahmen/Gutachten vorliegen, prüft das BIBB abschließend, ob die Förderungsvoraussetzungen erfüllt werden, um dann die Finanzierung des Vorhabens mit den beteiligten Stellen abzustimmen.

2.8 Neben den vorgenannten Förderungsvoraussetzungen sind bei der Förderung von Kompetenzzentren aus dem Haushalt des BMBF insbesondere weitere rechtliche Bestimmungen zu berücksichtigen:

- das Berufsbildungsgesetz (BBiG, hier insbesondere §§ 1, 4, 7, 22, 25–27, 46–48), die Handwerksordnung (HwO), das Berufsbildungsförderungsgesetz (BerBiFG),

die Ausbildungsordnungen
- die Bundeshaushaltsordnung (BHO, hier insbesondere §§ 23, 44)
- das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes (VwVfG) bezügl. Rücknahme, Widerruf, Erstattung und Verzinsung der gewährten Zuwendung §§ 48, 49 und 49a VwVfG
- die Landesgesetze (z. B. Schulgesetze)
- die jeweils geltenden Richtlinien der EU für die Finanzierung aus dem ESF
- die „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur BHO" (§ 44 BHO)
- die „Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung" (ANBest-P) und ANBest-Gk für Gebietskörperschaften
- die Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO (ZBau) mit den Baufachlichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau).

2.9 Bei der Planung sind alle einschlägigen planungs- und bautechnischen sowie arbeitsschutzrechtlichen Regelungen und Vorschriften für den Bau und die Ausstattung von Gebäuden zu beachten.

2.10 Die Fördergrundsätze gelten ab 01. 07. 2001.

Orientierungshilfe zur fachlich-inhaltlichen Beurteilung von Projektkonzepten für Kompetenzzentren (Komzet) *

Stand: 15. Juli 2001

Die vorliegende Orientierungshilfe ist als ein Angebot und eine Dienstleistung des BiBB zu verstehen. Sie soll dem Antragsteller eine Hilfe sein, im eigenen Interesse besser beurteilen zu können, inwieweit die fachlich-inhaltlichen Voraussetzungen für bzw. Anforderungen an ein Kompetenzzentrum in einer Projektkonzeption berücksichtigt sind.

Die Orientierungshilfe gibt vor allem eine Übersicht dazu,

- ob die für eine Weiterentwicklung zum Kompetenzzentrum erforderlichen *Innovationsbereiche* in einer Projektkonzeption enthalten sind
- ob die angestrebten Innovationen ausreichend konkret beschrieben sind und inhaltlich den *Anforderungen* genügen.

Die Orientierungshilfe erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da im Einzelfall projektspezifische Sachverhalte zu berücksichtigen sind.

* Die Orientierungshilfe bezieht sich ausschließlich auf die *fachlich-inhaltlichen* Anforderungen der Förderungsgrundsätze „Kompetenzzentren" (Kap. III-1.2.1; Kap. VII-2.1).

Innovationsbereiche		Anforderungskriterien
originärer Kompetenzschwerpunkt	fachlich-inhaltlich überregionaler Bedarf (Bedeutung) regionaler Bedarf (Bedeutung) Einordnung in Kooperationen	• Wird ein Kompetenzschwerpunkt klar und eindeutig beschrieben? • Ist der Kompetenzschwerpunkt originär/einmalig? Gibt es schon Komzet mit vergleichbaren Schwerpunkten bzw. ÜBS mit ähnlichen Schwerpunktplanungen? • Wenn ja, bestehen unterschiedliche Akzentsetzungen/Funktionen, die die Besonderheit dieses Kompetenzschwerpunktes verdeutlichen? • Ist eine Kooperation/ein Kooperationsverbund mit Komzet/ÜBS mit ähnlichen oder ergänzenden Kompetenzschwerpunkten vorgesehen? Mit welchen? • Wurden schon Kooperationsmaßnahmen vereinbart? • Gibt es Kooperationen mit Institutionen (Forschungsinstitute, Firmen, Hochschulen), von denen die Kompetenz gewonnen und fortlaufend aktualisiert werden soll bzw. sind solche Kooperationen geplant? • Ist der Bedarf für die Kompetenzschwerpunkte/Funktionen/Dienstleistungen beschrieben und nachgewiesen? • Gibt es Angaben dazu, wie und wo der Bedarf ermittelt wurde?

Innovationsbereiche		Anforderungskriterien
Vernetzung	Netzwerk-kooperation	• Werden Netzwerkkooperationen mit anderen Komzet/ÜBS gebildet? • Werden weitere Institutionen in das Netzwerk einbezogen? • Soll die Netzwerkkooperation intra-/internetgestützt (virtuell) realisiert werden? • Wird angegeben, in welcher Weise und auf welchem Wege den Netzpartnern Produkte/Angebote zur Verfügung gestellt werden sollen? • Gibt es konkrete Planungen/Konzepte zum Aufbau und zur Nutzung virtueller (regionaler und überregionaler) Netzwerke bzgl. - Netzgestütztem Lernen - Einrichtung von Lernplattformen - Aufbau von Datenbanken - Entwicklung, Einsatz und Austausch von Multimedia - Tutoring zu Lernangeboten im Netz - Information und Beratung - Marketing von Dienstleistungen
	virtuelle Vernetzung	
	Vernetzungs-strategie	

Innovationsbereiche	Anforderungskriterien
Lehr- und Lernkonzepte	• Ist die Entwicklung und der Einsatz neuer Konzepte, Medien, Lehrgänge für ein PC- und netzgestütztes Lernen zu den jeweiligen Kompetenz–Schwerpunkten vorgesehen? • Ist der betriebliche Nutzen dieser Inhalte/Medien beschrieben und begründet? • Gibt es Konzepte zur Administration, Organisation und didaktischen Gestaltung von „Lernprozessen im Netz" (Lernplattform, Datenbanken, Teletutoren etc.)? • Ist der Einsatz bzw. die Weiterentwicklung neuer Lernmethoden (z. B. Projektmethode, auftragsorientiertes Lernen, Lehrlingsbaustelle) in der überbetrieblichen Berufsbildung vorgesehen?
Qualifizierung des Ausbildungspersonals	• Werden Angaben dazu gemacht, wie das Ausbildungspersonal auf die neuen Aufgaben vorbereitet/qualifiziert werden soll? • Gibt es Aussagen dazu, in welcher Weise Teletutoren qualifiziert werden sollen?
Qualitätsmanagement	• Werden bereits Qualitätsmanagement und Bildungscontrolling praktiziert? • Wenn nicht, ist deren Einführung im Projekt geplant? • Wird konkret angegeben, welche Qualitätsmanagementmethoden praktiziert bzw. eingeführt werden? • Ist die ÜBS bereits zertifiziert? • Wenn nicht, ist die Zertifizierung vorgesehen und bis wann? • Ist ein „Good-practice"-Austausch und Benchmarking mit anderen Komzet / ÜBS-vorgesehen?

Innovationsbereiche	Anforderungskriterien
Information, Beratung, Technologietransfer	• Sind bzw. werden die Dienstleistungen - Information - Betriebsberatung - Technologietransfer feste Bestandteile des Komzet? • Ist beschrieben, zu welchen Themen und Inhalten das Komzet Informationen und Betriebsberatung leisten wird? • Ist beschrieben, wie (aktiv oder auf Nachfrage), auf welchen Wegen, mit welchen Medien Information geleistet wird bzw. werden soll? • Werden die Adressaten der Information konkret genannt und sind adressaten-/kundenspezifische Informationsdienste vorgesehen? • Ist angegeben, von welchem Personal, in welcher Form und mit welchen Verfahren/Methoden Betriebsberatung und Technologietransfer geleistet werden soll? • Ist der Aufbau eines Expertennetzwerkes (intern und extern) für die Realisierung von Technologietransfer und Betriebsberatung vorgesehen? • Ist das Monitoring von technischen Entwicklungen, Bearbeitungsverfahren, von Produktentwicklungen etc. fester Bestandteil des geplanten Komzet ? • Ist beschrieben, von welchem Personal, wie, mit welchen Verfahren und Methoden Monitoring betrieben werden soll?

Innovationsbereiche	Anforderungskriterien
Marketing	• Ist das Marketing von Dienstleistungen fester Bestandteil des geplanten Komzet? • Werden die Adressaten bzw. Kundensegmente/Kundengruppen des Marketing konkret benannt? • Ist beschrieben, in welcher Form und mit welchen Verfahren Marketing betrieben werden soll?
Projektplanung und Projektmanagement	• Liegt ein inhaltlich und zeitlich präzisierter Projektablaufplan vor (mit Angabe von Meilensteinen, Produkten, Ergebnis-/Erprobungsberichten)? • Sind die Ressourcen für die Umsetzung des Projekts und Kostenaufwand ausgewiesen (Personaleinsatz, Mittel, Infrastruktur)?
Transfer und Nachhaltigkeit	• Wird die Übertragbarkeit der Ergebnisse beschrieben und begründet? • Sind Transferaktivitäten im Entwicklungskonzept vorgesehen? • Wird der Beitrag des Komzet zum nachhaltigen Wirtschaften beschrieben?
Lernortkooperation	• Liegt ein Initiativ-Konzept der ÜBS zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit Betrieben und insbesondere Berufsschulen vor (das eindeutig über die derzeitige Zusammenarbeit hinaus geht)? • Übernimmt die ÜBS Leitaufgaben in der Lernortkooperation oder bei der Organisation von Ausbildungsverbünden?

Hinweise zur Gliederung eines Projektantrags auf Förderung eines Kompetenzzentrums (Komzet)

Stand: 15. Juli 2001

Ergänzend zur Orientierungshilfe zur fachlich-inhaltlichen Beurteilung von Projektkonzepten für Kompetenzzentren beinhalten diese Hinweise Vorgaben zur formalen Gliederung des Projektantrags.

Die Übernahme der nachfolgenden Gliederung erleichtert die Bearbeitung des Antrags und erspart zeitraubende Rückfragen. Der Antrag sollte einen Umfang von insgesamt zehn Seiten (Schriftgröße 12, Schriftart Times oder Arial, Zeilenabstand 1,5) nicht überschreiten. Statistische Angaben, Referenzen, Anschriften von Kooperationspartnern usw. sind als Anlagen beizufügen. Hierbei sollte sich der Antragsteller auf unbedingt notwendige und aussagefähige Anlagen beschränken.

1. Ausgangslage
2. Ziel des Vorhabens
3. Stand von Wissenschaft und Technik auf beantragtem Gebiet
4. Arbeitsplan
5. Verwertungsplan
6. Kooperation mit Dritten
7. Finanzierungsplan mit Erläuterungen

Diese Hinweise erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit; sie werden im Laufe des weiteren Verfahrens ggf. ergänzt.

1. Ausgangslage

Die Leistungsfähigkeit des – bestehenden bzw. geplanten – Kompetenzzentrums ist als Voraussetzung für eine Förderung nachzuweisen. Mit wenigen Sätzen ist darzustellen, ob und in welcher Art und Weise die im Förderkonzept (Abschnitt III,3) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung genannten neun Voraussetzungen bereits realisiert wurden oder im Zuge der hier beantragten Förderung realisiert werden sollen. Eine Stellungnahme des zuständigen Dachverbandes zu dem Vorhaben sollte dem Antrag beigefügt werden.

Darüber hinaus sind Angaben zu folgenden Punkten zu machen:

- Trägerschaft (öffentlich-rechtlich, privatrechtlich, gemeinnützig; ggf. Bauträger, Maßnahmeträger)
- Nutzung und Auslastung der bisher angebotenen überbetrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen
- Bisherige Arbeitsschwerpunkte der Einrichtung (Profil)

2. Ziel des Vorhabens

- Bezug zum Förderprogramm
  (was wird beantragt:

  Förderung in Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Einrichtung zu einem Kompetenzzentrum?

  oder:

  Förderung eines Projektes, das im bereits bestehenden Kompetenzzentrum durchgeführt werden soll?
- Ziel der geplanten Arbeiten (wissenschaftliche, technische, sonstige Arbeitsziele)
- Vorstellungen zur Verwertung/Nutzung der Ergebnisse
- Nachhaltigkeit des Vorhabens

3. Stand von Wissenschaft und Technik in dem angestrebten Kompetenzbereich

- Erfahrungen auf dem das Vorhaben betreffenden Fachgebiet (Referenzliste)
- Informations- und Markt-Recherchen (Arbeiten bzw. arbeiteten Dritte bereits an vergleichbaren Entwicklungen?)
- Risiken (Gibt es Bedingungen bzw. Umstände, die eine spätere Nutzung beeinträchtigen können?)

4. Arbeitsplan

- Detaillierte Beschreibung des Arbeitsplans (Gesamtprojekt, Arbeitspakete, Teilaufgaben mit Angaben zum Zeitbedarf)
- Meilensteinplanung (inhaltlich und zeitlich strukturierte Ablaufplanung, Benennung von prüffähigen Zwischenergebnissen)
- Ressourcenplanung (Personalbedarf, Betriebsmittel, Sachkosten, sonstige Voraussetzungen zur Erfüllung des Arbeitsplans)
- Balkendiagramm einschließlich aller Arbeitspakete, Meilensteine und Zwischenberichte

5. Verwertungsplan/Verwertungsmöglichkeiten

- Einzelheiten zur Bedarfsermittlung, Marktanalyse (kurz-, mittel- und langfristige Erfolgsaussichten im Hinblick auf potentielle Märkte)
- Maßnahmen zum Transfer der Projektergebnisse
- Verzahnung von Berufsbildung und Betriebsberatung

6. Kooperationen

- Zusammenarbeit in Netzwerken (Netzwerke und Netzwerkpartner benennen!)
- Sporadische, regelmäßige oder vertraglich geregelte Zusammenarbeit? Erläutern, mit welchen der nachfolgend beispielhaft genannten Partnern:

  - anderen Kompetenzzentren, ÜBS
  - wissenschaftlichen Einrichtungen
  - Betrieben
  - Berufsschulen
  - Herstellern

7. Finanzierungsplan

- Mitfinanzierung (z. B. Land, Europäischer Sozialfonds ESF)
- Detaillierte Erläuterungen aufgeschlüsselt nach

  - Personalkosten
  - Betriebskosten
  - Sachkosten
  - Investitionskosten

- Tabellarischer Gesamtkostenplan

Based on the "promotion concept for cross-company vocational training sites" issued by the Federal Ministry of Education and Research (Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF) on May 7th 2001, the Federal Institute for Vocational Training (Bundesinstitut für Berufsbildung, BIBB) worked out principles for the implementation of the planning and promotion of cross-company vocational training sites (überbetriebliche Bildungsstätten, ÜBS). In detail theses are the principles

- on the promotion of ÜBS
- on the promotion of further development of ÜBS into competence centres.

According to § 6, para. 2, no. 2 of the Vocational Training Promotion Act (Berufsbildungsförderungsgesetz, BerBiFG), the BIBB has the task to support the planning, implementation and further development of ÜBS along general administrative regulations by the federal minister in charge. The BIBB conducts the promotion of ÜBS and competence centres. The promotion principles were approved in a BMBF letter dated July 12th 2001.

Auf der Grundlage des „Förderkonzepts überbetrieblicher Berufsbildungsstätten“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom 7. Mai 2001 wurden zur Umsetzung der Planung und Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) Grundsätze erarbeitet.

Im Einzelnen sind dies die Grundsätze

- für die Förderung ÜBS
- für die Förderung der Weiterentwicklung von ÜBS zu Kompetenzzentren.

Nach § 6 Abs. 2 Nr. 2 Berufsbildungsförderungsgesetz (BerBiFG) hat das BIBB die Aufgabe, nach allgemeinen Verwaltungsvorschriften des zuständigen Bundesministers die Planung, Errichtung und Weiterentwicklung von ÜBS zu unterstüzen. Das BIBB führt die Förderung von ÜBS und Kompetenzzentren durch.
Die Fördergrundsätze wurden mit Schreiben vom 12. Juli 2001 des BMBF genehmigt.

Schriftenreihe
des Bundesinstituts
für Berufsbildung
Der Generalsekretär • Bonn

ISBN 3-88555-704-5
9 783885 557043